



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/208 - 8. September 1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-32

Fernschreiber 039890

Adenauer auf dem Kreuzzug	S. 1
Der Wechsel im britischen Kabinett	S. 3
Erhards Pläne	S. 5

## "Befreiung"

(sp) In einer symbolträchtigen und erinnerungsschweren Fackelzugatmosphäre hat Dr. Adenauer am Abend des ersten Tages nach den Wahlen eine sehr interessante Erklärung abgegeben. Er hat gesagt: Bis jetzt habe man immer von Wiedervereinigung Deutschlands gesprochen, man sollte aber lieber "Befreiung" sagen, denn die Bewohner der Sowjetzone lebten in Sklaverei und Knechtschaft.

Mit dieser letzten Feststellung hat Dr. Adenauer ohne Zweifel recht. Aber es ist sicher, dass das Wort "Befreiung" in dem Zusammenhang, in dem er es gebrauchte, eine viel hintergründigere und sehr spezielle Bedeutung hat. Es ist in der englischen Übersetzung als liberation seit Jahren ein politischer Fachausdruck in den USA, ein Begriff, unter dem man sich eine ganz bestimmte Außenpolitik vorstellen hat. In dieser Bedeutung geht das Wort auf einen der bekanntesten und einflussreichsten politischen Publizisten in den USA, Prof. James Burnham, zurück, der u.a. 1947 das Buch "The struggle for the world" - Der Kampf um die Weltherrschaft - veröffentlichte. Später hat Burnham seine Hauptideen in einer gekürzten Darstellung in der Zeitschrift "Life" auseinandergesetzt. Ihr leitender Gedanke war es, Russland mit militärischer Stärke zur Aufgabe seiner besetzten Satellitenstaaten zu zwingen. Er wurde dabei sehr deutlich und detailliert, wir verzichten aber auf dieses Zitat, obwohl es uns vorliegt, weil wir

nicht in den Verdacht einer Panikmache kommen wollen.

Die Zeitschrift "Life" selbst erklärte - ganz im Banne der Ideen Burnhams - im Januar 1951, eine Politik, die das Nebeneinander von Kommunismus und Kapitalismus anerkenne, "die nicht mit aller Macht den Russen entgegentritt, selbst mit dem Risiko eines totalen Krieges, ist nicht ein realistischer Weg zum Frieden, sondern ein Weg der Niederlage und des Selbstmords". Und Ende 1951 schrieb der führende diplomatische Korrespondent der "New York Times", James Reston, dass Washingtons offizielle Politik sich in zunehmendem Masse der "Befreiungs" Theorie zuwende: "Die Politik der amerikanischen Regierung beschränkt sich nicht mehr darauf, die Russen in ihren heutigen Gebieten zu halten, sondern sie geht darauf aus, sie dorthin zurückzudrängen, woher sie einmal kamen".

Die Notwendigkeit einer "dynamischen Befreiungspolitik" ist von Eisenhower und vor allem von Dulles sowie von anderen republikanischen Führern unterstrichen worden. Wiederum war es Burnham, der in einem späteren Buch "Containment or Liberation" - Eindämmung oder Befreiung - die neue Linie der amerikanischen Aussenpolitik entwickelte. Richard Tüngel schrieb - woran in diesem Zusammenhang Michael Heinze-Mansfeld in einer Schrift "Konrad Adenauer und die deutsche Zukunft" erinnert - darüber im Februar 1953 in der "Zeit": "Da die Ideen Burnhams den amerikanischen Aussenminister Dulles in seiner antikommunistischen Politik zu beeinflussen scheinen, ähnlich wie seinerzeit die Gedankengänge Kennans die Russland-Politik Achesons, dürfen wir die Thesen dieses Buches gewissermassen als das offizielle Programm der neuen antisowjetischen Politik ansehen."

Das also ist die Bedeutung des Begriffs Befreiung im internationalen politischen Sprachgebrauch. Dr. Adenauer hat sich dieser Vokabel sehr bewusst bedient, freilich im Wissen darüber, dass die Bevölkerung diese besondere Bedeutung nicht kennt. Er sprach in Bonn nach Zeitungsberichten vor 25 000 Menschen, die ihm gerade bei dieser Stelle stürmischen Beifall spendeten, er wird es vermutlich häufiger tun und es liegt sehr nahe, dass er daraus später einmal eine Art Legitimation für diese Art Befreiungspolitik herleiten wird. Dulles, der amerikanische Aussenminister, der Adenauer am Schluss des Wahlkampfes so nachdrücklich unterstützte, ist, das weiss aus seinem eigenen Munde die ganze Welt, ein Verfechter der Kreuzzugs-idee und er ist sicher nicht so töricht zu glauben, die Russen würden uns im Zuge eines geistigen Kreuzzuges, ohne Verhandlungen und echte Angebote, ihre Zone in Deutschland und die übrigen Satellitenstaaten räumen. An diese Zusammenhänge muss man denken, wenn man sich das richtige Bild von der Erklärung des Bundeskanzlers am Montagabend in Bonn machen will.

Britische Aussenpolitik unverändert

F.S., London

Unter dem Titel "Eine milde Umbesetzung" bespricht die regierungsfreundliche "Times" die Umbildung des britischen Kabinetts, die der demokratische "Manchester Guardian" eine "Laufende Reparatur" nennt. Die gesamte Londoner Presse übt mehr oder weniger zurückhaltend an der Entscheidung Sir Winstons Kritik, die offen ausspricht, dass die bisherigen Personalveränderungen nicht ausreichen, um die Regierung zu festigen. Auf den ersten Blick mag es tatsächlich so erscheinen, als ob sich Churchill mit einer geringfügigen Entscheidung begnügte. Drei Minister, die nicht einmal dem inneren Kabinett angehörten, verlassen die Regierung. Ihre Posten wurden mit der Zeit so unwichtig, dass sie nicht mehr besetzt wurden. Dafür aber sind drei andere Minister, für Landwirtschaft, für Ernährung und Kulturangelegenheiten in das innere Kabinett eingetreten; das Handelsministerium hat einen besonderen Minister erhalten, der lediglich den Export und Übersee-Handel zu überwachen hat; und schliesslich ist Sir Winston nicht davor zurückgeschreckt, eine seiner eigenen Erfindungen rückgängig zu machen, das System der "Overlords", das den Mitgliedern der Regierung, so weit sie dem "House of Lords" angehören, die Möglichkeit gab, einer parlamentarischen Kontrolle auszuweichen.

Die Aufgabe dieses Systems wurde besonders von der Labour-Party gefordert, fand aber später auch in der liberalen und konservativen Partei Anhänger. Schon diese Massnahme allein würde die "Milde" des Wechsels im Kabinett abschwächen. Wird nun noch in Betracht gezogen, dass vier Ministerien, die für die aussen- und innenpolitische Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind, von der Kabinettsumbildung betroffen wurden, so lässt sich feststellen, dass sie doch nicht so "mild" verlaufen ist, wenn auch zugegeben wird, dass es sich nur um eine dringende und "laufende Reparatur" handelt, von der nicht einmal feststeht, ob sie den Schaden wirklich behoben hat.

So wesentliche Auswirkungen auch diese in sich begrenzte Umbildung des Kabinetts also haben könnte, so wichtig ist sie auch im Hinblick auf die nicht von ihr erfassten Ministerien zu beurteilen. In diesem Zusammenhange ist vor allem der Arbeitsminister Sir Walter Monckton und Harold Macmillan, Minister für Wohnungsbau und kommunale Verwaltung, zu nennen, von denen man glaubte, dass einer von ihnen das Foreign Office übernehmen würde in der Voraussetzung, dass Aussenminister Eden Churchills Nachfolger oder zumindest sein nicht nur nomineller Vertreter wird. Infolge seines Alters und im Zusammenhang mit seiner Erkrankung muss Churchill sich auch mit dieser Frage beschäftigt haben, zumal seine Partei schon dann mit einer Wahlniederlage rechnen muss, wenn sein Nachfolger nicht ausreichend Zeit behält, sich und die Öffentlichkeit auf die Nachfolge vorzubereiten. Es ist zu erwarten, dass der Ministerpräsident und Parteiführer noch vor dem konservativen Parteitag, der am 8. Oktober beginnt, die jetzt begonnene Kabinettsumbildung abgeschlossen hat. Bis zur Rückkehr des Aussenministers von seinem Krankenurlaub wird Churchill keine Veränderung vornehmen, in die der Aussenminister miteinbezogen werden könnte.

Diese sonst nicht übliche Zurückhaltung Churchills, die Eden auf seinem Platz belassen hat, lässt zwei Vermutungen zu: Die künftige Stellung Edens ist noch nicht abschliessend geklärt; Churchill ist auf jeden Fall bedacht, die bisherige Linie der britischen Aussenpolitik fortzusetzen.

Am 11. Mai verkündete er einer aufhorchenden Welt, "dass eine Konferenz auf höchster Ebene zwischen den führenden Mächten ohne Verzögerung" nötig sei. Danach wurde er plötzlich krank. Lord Salisbury, der Stellvertreter Edens, erreichte nach Churchills Worten lediglich "das Beste", was zur Zeit in den Verhandlungen mit den USA zu erreichen war, eine Verwässerung des Planes, den Churchill nie aufgegeben hat. Er und Eden werden in wenigen Wochen wieder im Amt sein. Von diesem Augenblick an wird auch die britische Aussenpolitik eine Belebung erfahren. Für Churchill wird es leicht sein, seinen Nachfolger zu finden, für den er sich ja bereits entschieden hat. Die Entscheidung könnte aber frühestens in dem Augenblick verwirklicht werden, in dem sich der Nachfolger für Eden fand.

Nur noch "Marktwirtschaft"

F.B. Ebenso wie die ersten Erklärungen des Bundeskanzlers auf aussenpolitischem Gebiet, die den "Befreiungskurs" andeuten, so zeigen die ersten Kommentare von Bundeswirtschaftsminister Erhard, dass in den nächsten vier Jahren das Wort "sozial" in seiner Wirtschaftspolitik völlig abgeschrieben wird und nur noch die Marktwirtschaft übrig bleibt.

Vor den Wahlen hiess es, dass in der zweiten Periode vor allem den Schichten geholfen werden soll, die am "Wirtschaftswunder" nicht teilnehmen konnten, so den Vertriebenen, den Rentnern und dem Mittelstand. Davon ist jetzt keine Rede mehr. Erhard erklärte gegenüber einem Vertreter von VWD nur, dass auf dem Kapitalmarkt die Vormachtstellung der öffentlichen Hand verschwinden und die Aktie wieder regeneriert werden müsse. Dazu seien vor allem eine Reihe von steuerlichen und aktienrechtlichen Vergünstigungsmassnahmen erforderlich. Beachtlich ist ferner seine Äusserung, dass die Finanzierung des Wohnungsbaues mehr und mehr auf marktwirtschaftliche Grundsätze umgestellt werden müsse, um dem privaten Kapital Beteiligungsanreize zu bieten.

Diese ersten Stellungnahmen deuten an, was auf wirtschaftspolitischem Gebiet im Vollbesitz der Macht von der neuen Regierung Adenauer-Erhard zu erwarten ist. Neben der Verschleuderung des Bundesbesitzes zu Ausverkaufspreisen an in- und ausländische Interessenten eine noch verstärkte Förderung des grossen Privatkapitals.

Dass man eine solche Politik von der Regierung Adenauer-Erhard erwartet, zeigen nicht zuletzt die Börsennotierungen nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses. Kali und Erdöl stieg zwischen 5 und 9 Prozent. Die grössten Kursverbesserungen haben Montanwerke zu verzeichnen, die 3 bis 10 Prozent höher gefragt wurden. Vereinigte Stahlwerke lagen sogar um 18 3/4 und Hösch um 12 Prozent fester. Gerade die letzten Kurssteigerungen dürften zeigen, auf welches Geschäft die Unternehmer in der zweiten Periode der Kanzlerschaft Adenauers hoffen. Auf die Rüstungskonjunktur, und hier schliesst sich wieder der Kreis, der bei den "Befreiungs"-Äusserungen des Bundeskanzlers beginnt.